

Die Corona-Pandemie entwickelt sich so, wie es kritische Beobachter und Experten befürchtet haben. Damit ist die Erwartung bzw. Hoffnung, dass das neue Schul-/Studienjahr wieder „normal“ sein wird, stark getrübt. Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, an ein Aufholen des Versäumten seit dem Beginn der Pandemie zu denken. Die WHO (gemeinsam mit Unicef) schlägt Alarm, spricht von „verheerendste[n] Beeinträchtigungen des Unterrichts“<sup>1</sup> und das im Weltmaßstab. Das zuständige österreichische Ministerium versucht mit Maßnahmen wie Investitionen in Tablets, mit Sommerschulen, zusätzlichen Unterrichtseinheiten dagegen zu halten. Universitäten und Hochschulen sind weitgehend auf sich gestellt.

### Vorbemerkungen

Das Ende der Pandemie und die Rückkehr zur Normalität wurden schon des Öfteren von der Politik angekündigt, jedoch die Vorhersagen erwiesen sich als zu optimistisch. Selbst wenn ein Ende der Pandemie absehbar wird, sie stellt nur einen Zwischenzustand vor der nächsten Pandemie dar und wird überschattet von der immer bedrohlicheren Klimakrise. Aber geblendet vom Optimismus der letzten Monate und der Einschätzung, die Pandemie schon besiegt zu haben, wurden kaum Vorkehrungen für das kommende Schul-/Studienjahr getroffen. Corona hat grundlegende Fragen aufgeworfen, die auch nach dem Abebben der Pandemie bleiben werden. Z.T. sind die Fragen nicht neu, die Pandemie hat sie nur sichtbarer gemacht. Im Augenblick stehen Aufräumarbeiten im Bildungswesen, die Beseitigung von Kollateralschäden durch die Coronabekämpfungsmaßnahmen im Vordergrund. Ob das Corona-Management aus den Erfahrungen des letzten Semesters gelernt hat, wird sich bald herausstellen.

### Einschätzungen und Befunde

Die Einschätzungen der Folgen der Pandemie im öffentlichen Diskurs sind kontrovers, sie finden sich innerhalb der Bandbreite – verlorenes Jahr oder keines. Allmählich werden Folgen und Auswirkungen der Pandemie im Schulwesen auch durch eine zunehmende Zahl von Studien sichtbar. Diese Sachverhalte kommen allmählich auch im öffentlichen Diskurs an, wie eine aktuelle IHS-Studie (Studienleiter Mario Steiner) zeigt<sup>2</sup>. Darin ist auf der Basis Befragung von 4000 Lehrenden verschiedener Schultypen von massiven Lernverlusten, Bildungsabbrüchen u.a. negativen Auswirkungen infolge der Corona-Lockdowns die Rede. Demnach lassen sich die Kompetenzverluste an den sozioökonomischen Gegebenheiten fest machen: Wo kaum oder keine bzw. zu geringe Lernunterstützung durch die Erziehungsberechtigten oder fehlende oder schlechte technische Ausstattung gegeben ist, dort wird ein weiteres Auseinanderklaffen der kulturellen und sozioökonomischen Schere unübersehbar. Die IHS-Studie hat auch vermehrte Bildungsabbrüche, einen signifikanten Rückgang der Schuleintritte in höhere Schulen (z.B. Sekundarstufe II (BHS – 2,4%, BMHS – 7,1%, AHS – 4,2%) sowie der Übertritte in Lehrberufe – 8,4% festgestellt. Es ist unschwer sich die mittelfristigen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft vorzustellen.

Was die Schulen betrifft, so sind die Befunde eindeutig. Für Universitäten und Fachhochschulen fehlen weitgehend entsprechende valide Untersuchungen, aber Einschätzungen von Lehrenden wie auch von Studierenden lassen ähnliche Ergebnisse erwarten. Besonders in philologischen Studienrichtungen sind naturgemäß Lerndefizite beim Spracherwerb gegeben, die im Rahmen des regulären Studiums (d.h. Mindeststudienzeit) schwer aufzuholen sind. Sprachfächer, in denen besonders spontane Kommunikationssituationen gelernt werden, wo besonders

---

<sup>1</sup> „Verheerend“: Warum es keine Schulschließungen mehr geben darf - Bildung & Corona - derStandard.at › Inland (31.8.2021)

<sup>2</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000128029451/ihs-studie-mehr-schulabbrecher-durch-corona-lockdowns> (8.7.21)

am Studienbeginn der Aspekt der sprachlichen Korrektheit (insbes. der Aussprache) großen Raum einnimmt, waren / sind von den Mängeln des Online-Unterrichts extrem stark betroffen. Studierende konnten / können auch auf Grund der Pandemiebedingungen ihre Lerndefizite kaum durch einen entsprechenden Auslandsaufenthalt kompensieren. Auch Kontakte mit Muttersprachlern am Studienort waren / sind pandemiebedingt stark eingeschränkt. Unter den gegebenen Bedingungen sind die in den Curricula vorgesehenen Sprachniveaus kaum zu erreichen und trotzdem müssen die Studierenden die entsprechenden LV (Lehrveranstaltungen) absolvieren. Es muss klar ausgesprochen werden: Wenn das Curriculum ein bestimmtes Sprachniveau (z.B. A2, B1 udgl.) fordert, so wird das real erreichte Ergebnis unter den gegebenen Bedingungen einiges darunter liegen. Es müssten daher den Studierenden institutionelle Angebote gemacht werden, allfällige Lerndefizite zu beheben – in Form von zusätzlichen Lehrveranstaltungen, Sommerschulen, Abendkursen udgl. Kritisch ist die Situation für Absolvierende philologischer Lehramtsfächer, die mit dem Erlangen des BA die Berufsberechtigung erwerben und mit diesen Defiziten in den Beruf eintreten (müssen).

### Exitstrategien, Behebung der Kollateralschäden

Die Pandemie dauert schon lange, diese Zeit hätte genutzt werden können um in Expertisen zu klären, inwieweit technische Lösungen z.B. die Luft in Unterrichtsräumen zu verbessern möglich und sinnvoll sind, und danach Investitionen in erforderliche gesundheitstechnische Einrichtungen zu tätigen. Außer Rhetorik ist nicht viel geschehen und vor dem Beginn des Herbstsemesters ist auch kaum mehr etwas umzusetzen. Aktuell haben Schulen und Hochschulen zwei „Baustellen“ zu bearbeiten: Die eine betrifft die Vorbereitung auf das neue Schul-/Studienjahr und die eigentlich größere ist die Aufarbeitung der Kollateralschäden des vergangenen (bzw. der vergangenen Semester). Eine alte Forderung – generell die zu unterrichtenden Gruppengrößen (z.B. nicht mehr als 20 Personen pro Klasse) zu reduzieren – wäre aktuell auch gesundheitspolitisch begründet – wird auch jetzt unbeachtet bleiben. Ob das kommende Schul- bzw. Studienjahr im Präsenzmodus nicht nur gestartet sondern auch bis zum Ende durchgehalten werden kann, ist weitgehend ungewiss, Impfprogramme (für Lehrende, Schulpflichtige und Studierende) – die eine Voraussetzung für einen „normalen“ Unterrichtsbetrieb darstellen – sind in Schwebelage, weitere Teststrategien in Frage gestellt etc. Es liegt in der Kompetenz der Universitätsleitungen entsprechende Zugangsregelungen zu erwirken.

### Investitionen in technische Ausstattung

Das Ministerium hat zugesagt 150 000 Tablets bzw. Notebooks – allerdings mit einem Selbstbehalt von ca. 100 €, eine finanzielle Abfederung ist bei sozial Bedürftigen gegeben, die Geräte gehen dann in das Eigentum der Schüler über – für die 5. und 6. Schulstufe zu finanzieren, was aber letztlich nichts anderes sind als indirekte / inoffizielle Schulgebühren. Was pädagogisch und inhaltlich mit dieser Offensive bezweckt werden soll, wurde (bisher) nicht ausgeführt. Diese Frage ist deshalb von Relevanz, weil die daraus folgenden steuerlichen Mittel aber auch Kosten für die Familien nicht unbeträchtlich sind (Hardware, Internet, Drucker, Druckerpatronen, Papier, Software usw.).

### Förderunterricht

Für den Start ins neue Schuljahr hat das Ministerium eine Erhöhung des Stundenkontingentes um zwei Wochenstunden (Kostenpunkt ca. 100 Mill. €) angekündigt. Ob das für den erhofften Aufholprozess reichen wird, ist sehr fraglich. Die Lerndefizite sind nicht so verteilt, dass sie mit einer Maßnahme (für alle) behoben werden könnten. Dass es viel Förderungsanstrengung (insbesondere im Pflichtschulbereich und bei sozial schwachen Familien) bedarf, steht außer Zweifel. Dieser Nach- und Aufholprozess benötigt jedoch nicht so sehr Investitionen in IT und Digitalisierung im Bildungsbereich als in mehr professionelles Personal (Psychologen, Psychologen, Lehrpersonal mit ausgewiesener DAF-/DAZ-Ausbildung usw.), an dem es schon bisher

massiv gefehlt hat. Das Problem ist auch, welche Lücken und in welchen Gegenständen mit den zusätzlichen zwei Wochenstunden gestopft werden sollen. Die größten Defizite zeigen sich (als Resultat von Gesprächen mit Lehrpersonen an Volksschulen und (N)MS) im Deutschen bei Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache.

### Sommerschulen

Ein weiteres Instrument, Bildungsrückstände aufzuholen sind Sommerschulen. Hier sollen insbesondere Lern- und Kompetenzverluste vor allem im Deutschen abgebaut werden. Diese Sommerschulen waren schon vor Corona ein Anliegen des Bildungsresorts, sie waren konzipiert als Alternative für (oft von kommerziellen Anbietern für entsprechendes Entgelt organisierte) Camps freizeitpädagogischen Zuschnitts. Die Folgen der Pandemie haben das Ministerium veranlasst den Sommerschulen quasi „reparaturpädagogische“ Funktion zuzuordnen: In den dafür vorgesehenen zwei Wochen sollen verschiedene Lerndefizite infolge von Lockdown, DL (Distance Learning), HS (Home Schooling) behoben werden. Das Problem liegt allerdings im Konzept: Die Kinder und Jugendlichen, die sich für die Sommerschulen anmelden, haben unterschiedlichen Nachholbedarf (sprachlich, fachlich etc.), ihr Anteil mit nichtdeutscher Muttersprache ist hoch. Das pädagogische Angebot hingegen kommt diesen Bedingungen und den Bedürfnissen aber kaum nach. Dazu wären speziell ausgebildetes Personal, entsprechende curriculare Lernzieldefinitionen, eine längere Dauer (z.B. nicht zwei sondern mindestens drei Wochen Sommerschule, ganztägiger Betrieb) und noch andere Maßnahmen notwendig. Viele dieser Sommerschulen in der derzeitigen Ausrichtung sind nicht viel mehr als eine kostenfreie Ferienbetreuung mit Lernphasen. Der Kostenaspekt ist offensichtlich auch das Leitmotiv, das die Sommerschulen durchzieht: Sie sollen auch dem Betreiber (Bund, Länder etc.) möglichst wenig finanziell abverlangen. Deshalb werden Studierende pädagogischer Studienrichtungen (höherer Semester) ohne ausreichende Fachausbildung (DAF/DaZ) und Erfahrung in diesen Kursen eingesetzt, häufig ohne ausreichende Unterstützung durch Profis. Diese Freiwilligen werden für ihre Arbeit in ECTS entlohnt, die sie sich für das Studium anrechnen lassen können – eine für das Ministerium ausgesprochen kostengünstige Variante. Für die betroffenen Kinder hingegen ist dies jedoch letztlich eine Vorenthaltung professioneller Betreuung. Um hier wirklich auf- und nachholen zu können muss wesentlich mehr finanzieller, personeller u.a. Aufwand betrieben werden. Für die Pädagogik-Studierenden stellt der Einsatz in Sommerschulen ein wichtiges Erfahrungsfeld dar, jedoch wäre ihre Einbindung in Tandems oder Teams mit ausgewiesenen Profis mit Erfahrung und entsprechender Ausbildung (DaF/DaZ) eine zwingende Grundbedingung. Pädagogischer Mehrwert ist bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien nicht umsonst zu haben. Begleitstudien zur Wirksamkeit der Sommerschulen wären notwendig, weil Sommerschulen ja als Dauereinrichtung geplant sind. Sie sollen aber nicht nur für Nachhilfe sondern auch für andere Inhalte stehen. Auf jeden Fall müssen sie personell wie materiell solide aufgestellt sein und wenn professionelle Arbeit erforderlich ist, muss sie auch entsprechend bezahlt werden. Unter den gegebenen Bedingungen ist es kein Wunder, dass sich zu wenige Freiwillige aus der Lehrerschaft und zu wenige Studierende pädagogischer Studienrichtungen melden, sodass mancherorts nicht alle Kinder aufgenommen werden konnten. Studierenden ist die Abgeltung mit ein paar ECTS offensichtlich nicht attraktiv genug – leicht nachvollziehbar. Das Ministerium möchte so billig wie möglich davonkommen. Von verschiedenen Schulstandorten wird von desaströser Organisation berichtet, somit muss damit gerechnet werden, dass sich unter den herrschenden Bedingungen immer weniger Schulen bereitfinden werden Sommerkurse abzuhalten. Die Verantwortung für allfällige Geburtsfehler und die mangelhafte Durchführung liegt beim zuständigen Ministerium (und den nachgeordneten Institutionen).

Die Haltung, sich der Anliegen der (einheimischen wie migrantischen) Unterschicht nicht prioritär anzunehmen, entspricht auch einer Praxis, die in den (N)MS Usus ist: Hier haben Lehrende mit Ausbildung für die Sekundarstufe II (dienstrechtlich abgesichert) mehrere Fächer zu

unterrichten, auch solche, die sie nicht studiert haben. Genau besehen handelt es sich dabei um einen zweifachen Skandal: Geringschätzung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und Geringschätzung der pädagogischen Ausbildung und pädagogischen Arbeit der Lehrenden. In Gymnasien würde eine solche Praxis den energischen Protest der Eltern und Erziehungsberechtigten und schließlich auch der Lehrenden hervorrufen. Aber im sozioökonomischen Umfeld der (N)MS ist derartiges Ungemach für die Schulbehörden nicht zu erwarten: Ein Großteil der Schulpflichtigen kommt aus sozioökonomisch benachteiligten Familien, mit erheblichem Migrationsanteil. Der Schultyp (N)MS ist sozioökonomisch und soziokulturell markiert und stellt gewissermaßen ein pädagogisches Auffangbecken für alle diejenigen dar, die es in das Gymnasium nicht schaffen (bzw. denen eingeredet wird, dass sie es nicht schaffen – sicherlich eine Minderheit, aber sie soll nicht unerwähnt bleiben). Hinsichtlich der Betreuung der Schüler in den Sommerschulen sowie der eben beschriebenen pädagogischen Praxis in den (N)MS kann auch von struktureller Diskriminierung eben dieser Gruppen gesprochen werden, womit ich der Argumentation von F.O. Radtke folge<sup>3</sup>.

### Lerndefizite

Der Diskurs zur Frage der Behebung der Lerndefizite nimmt eine Bandbreite zwischen „Schuljahr für alle wiederholen“ und „Eh alles OK“ ein. Die Frage „verlorenes Jahr“ oder keines kann nur differenziert beantwortet werden. Für Schulanfänger, die kaum einen regulären Unterricht erlebt haben, könnte eine Jahrgangswiederholung durchaus eine Option sein. Sie haben insgesamt zu wenig Unterricht, Schule erfahren und zeigen klare Mängel im fachlichen wie sozialen Lernen. Auch bei älteren Pflichtschülern sind Sprachschulung (Erwerb der Hochsprache, DaF/DaZ), Lesen und Schreiben (Feinmotorik), Rechnen auf jeden Fall zu kurz gekommen. Die Erwartung in zweiwöchigen Sommerschulen insbesondere Sprachdefizite eines Jahres aufholen zu können ist illusorisch. Es kann bestenfalls der Start ins neue Schuljahr ein wenig verbessert werden, mehr wohl nicht. Mit dem erwähnten zusätzlich bewilligten Budget für weitere Förderung (ca. zwei Wochenstunden) können sicher einige Lücken gefüllt werden. Realistischer hingegen wäre da schon ein Verfahren analog zur Regelung außerordentlich aufgenommener Schüler, die z.B. innerhalb von zwei Jahren (durch Prüfungen) den geforderten Lehrstoff nachholen und nachweisen müssen, um (wieder) in den Status der ordentlichen Schüler übertreten zu können. Das erfordert einen personellen wie finanziellen Mehraufwand (zusätzliche Lehrkräfte, Unterrichtseinheit udgl.).

Es ist richtig, vieles kann im Laufe des Bildungsweges aufgeholt werden, problematisch ist es hingegen bei denjenigen Jugendlichen, die eben jetzt ihren Schulbildung abschließen. Sie haben aktuell keine Zeit / Möglichkeit mehr aufzuholen, es sei denn es würden institutionell entsprechende spezifische Angebote (in Form von Brückenkursen, beruflicher und außerberuflicher Weiterbildung, Sommerschulen usw.) gemacht. Ansonsten könnten Aufnahmeprüfungen für Uni oder FH, weitere Ausbildungsgänge oder Bewerbungen (z.B. für Lehrstellen) usw. zum Problem werden.

Nach verschiedenen Umfragen kann man davon ausgehen, dass etwa 1/3 der Jugendlichen die Krise (bisher) mit DS / HS nicht nur gut bewältigt, sondern sogar noch davon indirekt profitiert hat (durch Gewinn größerer Selbständigkeit, Eigeninitiative, größere digitale Kompetenz udgl.). Für die Mehrheit aber muss mit einem deutlichen Zurückbleiben hinter den Lehrzielen, bei Schulanfängern insbesondere auch mit dem Verlust des bisher Erlernten (insbesondere auf sprachlichem Gebiet), der Lesekompetenz etc. gerechnet werden.

Nach unterschiedlichen Schätzungen Lehrender (vor allem) von Pflichtschulen wurden ca. 20% der Schulpflichtigen – aus unterschiedlichen Gründen (wie familiäre Situation, Wohnverhältnisse, technische Ausstattung, häusliche Betreuung usw.) durch DL gar nicht erreicht, für diese Gruppe ist es wohl berechtigt von einem verlorenen Jahr zu sprechen. Corona hat

<sup>3</sup> Vgl. Frank-Olaf Radtke: Institutionelle Diskriminierung - YouTube (2016), Zugriff 8.8.2021



sozioökonomisch die Bildungsschere noch weiter geöffnet. Der Prozentsatz derjenigen, die die Pflichtschule verlassen und kaum lesen und schreiben können, war schon vor der Pandemie erschreckend hoch (ca. 20%). Es ist anzunehmen, dass sich dieser Zustand noch verschlechtert hat.

Es ist davon auszugehen, dass der Aufholprozess nicht in einem Jahr geschweige denn in einem Semester zu schaffen sein wird. Längerfristige d.h. u.U. Jahre umfassende Perspektiven müssen angedacht werden, die Bildungsziele zu erreichen. Ein wesentlicher Schritt dahin ist die von Fachleuten, Lehrenden, Eltern etc. geforderte Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts. Auch die Unis und Fachhochschulen müssen wieder öffnen und zu einem Normalbetrieb übergehen. Der Nachholprozess kann innerhalb der Bolognastudienstruktur z.B. mit Terminerstreckungen (betr. Mindeststudienzeit, Stipendienansprüchen, u.a.), individuell planbaren und abzulegenden Modulprüfungen u.a. Maßnahmen bewältigt werden. Dies bedeutet zwar einen bürokratischen Aufwand, bringt aber für die Studierenden keinen allzu großen Zeitverlust. So können in den Curricula definierte Lehrziele gesichert werden ohne (wesentliche) Abstriche bei den Anforderungen machen zu müssen. Problematisch wären nämlich Abgangszeugnisse, die quasi „corona- markiert“ (sozus. weniger wert) die weitere Bildungs- bzw. Berufskarriere negativ beeinflussen (können).

Zwei Entwicklungen sind noch zu erwähnen, die bedenklich sind: Die Ansage des Bundeskanzlers, wonach jetzt bei der (seiner Ansicht nach) zu Ende gehenden Pandemie der Staat seine Schuldigkeit getan hätte und von nun an jeder für sich persönlich Verantwortung zu übernehmen hätte. Wenn die Pandemie zu einem individuellen Problem erklärt wird, sich der Staat „auf seine Kernaufgaben zurückzieht“, dann können die Betroffenen (Menschen wie auch Institutionen, Schulen etc.) ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie selbst schauen, wo sie dann bleiben. Das kann nun bedeuten, dass letztlich jede Familie zusehen soll, wie ihr Nachwuchs zu den erforderlichen Qualifikationen kommt – für Lehrberufe, Zulassungsbedingungen für weitere Bildungskarrieren etc. Mittlerweile hat sich auch ein boomender Markt etabliert (sogar Start-ups mit Börsenaspirationen haben von sich reden gemacht), der sich vom Versagen der Bildungspolitik enorme Profite verspricht (und sie auch einspielt). Nur stellt sich dabei die Frage, wer sich diese „Bildungsprodukte“ leisten kann.

Ein zweites Phänomen (stark vertreten im Umfeld der Impf- und Testgegner) ist der erkennbare Trend, Kinder (schätzungsweise über 7500) vom regulären Unterricht abzumelden und im Heimunterricht von der Schule fern zu halten. Dabei müssen die Erziehungsberechtigten keinerlei Nachweis ihrer fachlichen oder pädagogischen Fähigkeit erbringen, usw. In einem solchen Kontext kann das für die Persönlichkeitsentwicklung besonders wichtige soziale Lernen im häuslichen Modus nicht stattfinden. Die aktuelle Rechtspraxis wäre zu evaluieren und auf eine zeitgemäße, dem aktuellen Stand der Erziehungswissenschaften entsprechende rechtliche Basis zu stellen.

### Psychische, soziale, gesundheitliche Wiederherstellung

Möglicherweise gravierender und schwieriger als die reinen Lerndefizite sind die psychosozialen und gesundheitlichen Probleme der betroffenen Heranwachsenden zu beheben. Das monatelange Aussperren der Kinder und Jugendlichen sowie DL und HS können nicht ohne Folgen für den Lern- und Bildungs- und Persönlichkeitsentwicklungsprozess bleiben. Die gesundheitlichen, psychischen und soziokommunikativen Kollateralschäden durch DL und HS wurden weitgehend unterschätzt, sind aber erheblich, wie die Copsy-Studie<sup>4</sup> zeigt. Die Aussperrung von den Schulen bedeutete für viele ein Einsperren in zu enge Wohn- und Familienverhältnisse, Verlust sozialen Lernens, Streichung von Ausflügen, Festen, Feiern, diversen Unternehmungen, Verlust von Lebensfreude, Verlust von Planungssicherheit, steigende Zukunftsängste. Die

---

<sup>4</sup> <https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>

Pandemie produziert(e) massenhaft ein Spektrum von negativen psychosozialen und psychosomatischen Auffälligkeiten wie Zwangsstörungen, Schlafstörungen, Niedergeschlagenheit, Depressionen, Angst, erhöhte Neigung zu Aggressionen, Vereinzelung, Verweigerung von Empathie und Kollegialität äußern. Starke Zunahme psychosomatischer Beschwerden (Essstörungen, Selbstverletzungen, Zwangsstörungen usw.), familiäre Probleme, die sich auf Grund der monatelangen Ausnahmesituation potenzieren. Nicht zu vergessen die Verschlechterung der Fitness, Haltungsschäden durch Bewegungsarmut, überzogener Medienkonsum (bis zu Suchtverhalten durch digitalisiertes DL), Kurzsichtigkeit usw. Alles dies sind Faktoren, die schwer absehbare Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung Heranwachsender haben, vor allem dann, wenn Familien / bzw. Erziehungsberechtigte aus verschiedenen Gründen nicht im Stande sind, in dieser Krisenzeit ihre Schutzbefohlenen buchstäblich aufzufangen bzw. adäquat zu unterstützen.

Die Pandemie resultiert in einer Zunahme der Anfragen bei psychotherapeutischen Beratungsstellen, die Jugendliche in seelischen Notsituationen aufsuchen. Es braucht auch längerfristig angelegte Studien zu Auswirkungen der Pandemie auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Doch nicht nur Jugendliche sind von den geschilderten Folgen der Pandemie betroffen, auch Studierende beanspruchen vermehrt psychotherapeutische Hilfe.

Dabei wird besonders sichtbar, dass es auf den in Frage kommenden Gebieten erheblichen infrastrukturellen und personellen Nachholbedarf gibt (Stichwort Schulpsychologie), diesbezügliche Jahrzehnte alte Forderungen nach Erhöhung des psychologischen, medizinischen Personals im Schulbereich wurden bisher nicht erfüllt.

Und wieder werden die Unterrichtenden in den Schulen alleine gelassen: Die Wiedereingliederung vor allem der Jüngerer in die Klassengemeinschaft, das Aufarbeiten offensichtlich defizitären sozialen Verhaltens (betreffend Einhalten von Regeln, Umgang mit Mitschülern, usw.), aber auch Orientierungs- und Perspektivlosigkeit (z.B. die zunehmende Gefahr Schule nicht zu beenden), wovon Lehrkräfte insbesondere der Pflichtschulen berichten, wird viel Energie erfordern, die in erster Linie – mangels vorhandenen zusätzlichen professionellen psychopädagogischen Personals – den Lehrerinnen und Lehrern alleine wie selbstverständlich abverlangt wird.

## Hochschulen Universitäten

Die Bildungspolitik hat(te) in erster Linie das (Primar- und Sekundar-) Schulwesen im Visier, die Hochschulen und Universitäten, deren Probleme nicht geringer sind, stehen dagegen kaum im Blickfeld, sie sind im Getöse um die Öffnung der Gastronomie und der Wiederbelebung des (Winter-)Tourismus gänzlich untergegangen. Auf jeden Fall wenige Wochen vor dem Ende des Studienjahres lief der Lehrbetrieb immer noch im Online-Modus. Wie vor einem Jahr stellt sich auch jetzt die Frage, wie es im Herbst bzw. im kommenden Studienjahr weiter gehen soll. Wenige Wochen vor Semesterbeginn 2021/22 hat es nicht den Anschein, dass Erfahrungswissen aus den Uni-Schließungen zu neuen kreativeren Problemlösungen führen würde. Die Chancen stehen leider gut, dass die akademische Lehre im WS 21/22 wieder so ablaufen wird wie im WS 20/21. Die Universitäten können auf der Basis ihrer Autonomie Entscheidungen treffen und eigene Regelungen beschließen, den Präsenzunterricht sicherzustellen. Diese ist an den Unis bei kleineren Gruppen sicherlich ohne größere Schwierigkeiten durchführbar. Ungelöst ist aber die Kontrolle der hygienischen Zugangsregeln (Nachweis der „3G“ – Impfung, Test, Genesung). Obliegt sie den Lehrenden? Wer überprüft die Lehrenden? Was, wenn uneinsichtige Verweigerer Einlass in den Hörsaal begehren? Werden dann Sicherheitsdienste eingeschaltet? Die Finanzierung dieser Kontrollen wird sich möglicherweise letztlich negativ auf das Lehrbudget auswirken, Mittel, die für zusätzliche Lehrveranstaltungen fehlen.

Daneben müssten konkrete sog. niederschwellige Impfprogramme für das Lehrpersonal sowie auch für die Studierenden installiert werden udgl. Was möglich ist für Konzertbesuche, Gastronomie, diverse Massenveranstaltungen muss doch auch für die akademische Lehre umsetzbar sein – sollte man meinen. Ein Weitermachen im digitalen Notmodus (Distance Learning, Videoconferencing udgl.) ist nicht nur schädlich für die Qualität der Ausbildung der Studierenden sondern hat letztlich negative Auswirkungen auf die akademischen Bildungsinstitutionen.

Studienanfänger von 2019/20 haben die Uni kaum von innen kennengelernt, BA-Studierende haben die Hälfte des Studiums, MA-Studierende  $\frac{3}{4}$  ihres Studiums sozus. extern absolviert, sie erfuhren intensiv Isolation, kein gemeinsames Lernen, kein sich Austauschen usw. – kurz, sie hatten kein studentisches Leben. Es fehlte auch weitgehend der persönliche Kontakt zu den Vortragenden. Und in der Tat haben Frustration, Isolation, psychische Probleme, Depressionen in der Pandemie dramatisch zugenommen. Neben den psychosozialen Problemen beklagen viele (Studierende wie Lehrende) Lernverluste. Sprachfächer sind da besonders betroffen. Online-Modus schließt viele wichtige Elemente bei der mündlichen Sprachkommunikation aus, erschwert erheblich Spontaneität, Mimik und Körpersprache, sprachlich-kommunikatives Agieren in der Gruppe, phonetische Korrekturen usw. Andererseits hat die Pandemie punktuell auch Kreativität und Originalität gefördert, z.B. was Online-Angebote betrifft, so hat das USI (Universitätssportsinstitut) diverse Trainingseinheiten in das Netz gestellt – aber die Teilnahme an diesen Veranstaltungen setzt entsprechende Wohnverhältnisse und eine ordentliche Internetverbindung voraus. Es war eben ein Versuch, aus der Not geboren, kein Ersatz für Präsenz und direkten Kontakt.

Drei Semester Pandemieerfahrung, Krisenmanagement im Distanzmodus für die meisten Studienrichtungen Universitäten im Distanzmodus veranlassen G. Bast, den Rektor der Angewandten von einem „gescheiterten Feldversuch“ zu sprechen.<sup>5</sup> Dem ist wenig entgegenzuhalten. Es sollten aber die gemachten Erfahrungen – dieses „Feldversuches“ – einer kritischen Bewertung unterzogen werden um für künftige Krisen die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Einige Anregungen in diesem Sinne sollen hier angeschlossen werden:

- Effektive Beschränkung der Gruppengrößen von LV mit max. 25, Massen-LV als Streaming/podcast + Auflösung in Tutorien, Einsatz verschiedener variabler Formen von Präsenz- und Distanzlehre, Hybridformen, die sich bewährt haben.
- Ausstattung der Unis für Belange der Lehre mit mehr Personal und Finanzen, mehr Engagement für die Lehre, der auch größeres Gewicht auch in den akademischen Karrieren zukommen muss
- Schaffung der Möglichkeit der Online-Teilnahme an Konferenzen, Kongressen udgl. (via Videokonferenz, Aufzeichnungen u.ä.), Einrichtung von Videotheken, Audiotheken, digitalen Datenbanken von (Gast-)Vorträgen, Konferenzen, abrufbaren Audio-, Videodokumenten von Veranstaltungen
- Schaffung entsprechender materieller, technischer und personeller Voraussetzungen (wie Einrichtung von Studios) für professionelle Eigenproduktionen von Audio-, Videodokumenten, digitalen Formaten udgl.
- Entwicklung eines Angebotes von (postgradualen) Lehr- /Studiengängen für wissenschaftliche Dokumentation – auch in den humanistischen Fächern.
- Angebote für berufsbegleitende Studien (LV am Abend, an Wochenenden, auch kombiniert mit DL etc.) für Studienrichtungen, die dies zulassen.

<sup>5</sup> Universitäten im Distanzmodus: Ein gescheiterter Feldversuch - Kommentare der anderen - derStandard.at › Diskurs (19.8.2021)

## Schlussbemerkungen

Wir stehen bereits in der vierten Pandemiewelle, die Politik verspricht, dass Schulen und Universitäten weitgehend den Normalbetrieb aufnehmen werden und kein weiterer Lockdown zu befürchten sein werde. Aber jetzt schon (zwei Wochen nach Schulbeginn) zeigt sich, dass Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Aufgrund des Infektionsgeschehens befinden sich Hunderte Schulklassen zu Beginn des Schuljahres in Quarantäne. Der Schulstart verlief chaotisch, die Schulbürokratie agierte reichlich orientierungslos. Der Wintertourismus hat politische Debatte wieder einmal gekapert, mit den dringendsten Fragen der Zugangsregeln beim Arpès-ski u.ä.<sup>6</sup> Das Bildungswesen vom Kindergarten bis zu den Unis hat wieder einmal das Nachsehen.

Nicht genug, in Wien wurden verstörende Maßnahmen gesetzt unter dem Motto mehr Gerechtigkeit und Transparenz bei der Dienstpostenverteilung (ohne Einbeziehung der betroffenen Schulleitungen) zu erreichen. Schulleitungen wurden kurz vor Schulbeginn unter völlig unnötigen Druck gesetzt (Umstoßen bzw. Verwerfen der bereits erfolgten Personal- und Stundenplanung etc.). Auf jeden Fall an vielen Schulstandorten aber massive Einsparungen, Streichung von Stunden, von denen die Schulleitungen erst kurz vor Schulbeginn erfahren, etc. Auch wenn 100 Posten zusätzlich geschaffen werden – insgesamt wird der Bedarf nicht gedeckt. Auch wenn Verbesserungen politisch intendiert waren, sind sie vor Ort kaum erkennbar. Eine klar überzeugende pädagogische Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens ist ohnedies schwer auszumachen.

Die Pandemie devastiert seit drei Semestern die pädagogische Praxis. Es wurden keine realitätsnahen Vorstellungen entwickelt, wie es auf den Unis weiter gehen soll, es hat keinerlei notwendige Vorbereitungen gegeben um dort bloß die Zugangsregelungen zu organisieren – wenige Wochen vor Semesterstart. Es liegt Politikversagen vor, aber man hätte sich auch mehr Widerstand und Eigeninitiative seitens der Universitätsleitungen vorstellen können. Die politisch Verantwortlichen müssen sich sehr wohl die Frage gefallen lassen, was sie die letzten Monate eigentlich gemacht haben, zu erwarten wäre gewesen, dass sie das System auf einen sehr wahrscheinlichen weiteren Pandemieherbst vorbereiten. Somit sind günstige Voraussetzungen geschaffen, dass der Ad-hoc-Pfusch fortgesetzt wird.

Was das von der Politik beschworene Ein- und Aufholen verlorenen pädagogischen Terrains betrifft: Mit rein technischer Aufrüstung werden die gegebenen pädagogischen und psychosozialen Probleme nicht zu lösen sein – das hat sich aber schon während des ersten Lockdowns abgezeichnet. Trotzdem stehen Investitionen in Hard- und Software ganz oben in der Prioritätenliste und nicht die Anstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal zur Verbesserung der pädagogischen, psychischen und sozialen Betreuung – übrigens wie schon seit Jahrzehnten gefordert. Dieses Potenzial und nicht das technische ist in der Lage, die durch die Pandemie verursachten Schäden insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu beheben.

Die Pandemie hat aber noch andere grundlegende Schwachstellen offengelegt, wie die mangelnde Verzahnung von Wissenschaft und Politik, die nicht selten zu einer „Verschleppung der Entscheidungsfindung“ führt und „vorausschauende Risikoeinschätzung und proaktive Steuerung“<sup>7</sup> beeinträchtigt. Dass bei den politisch Verantwortlichen letztlich Populismus und Selbstdarstellung, Show und (Selbst-)Inszenierung größeres Gewicht als Entscheidungsfindung auf wissenschaftlich seriöser Basis dominieren, ein mutloses und opportunistisches Weiter-so, letztlich die Hoffnung, dass sich vieles quasi von selbst erledigt bzw. doch nicht so schlimm wird, das alles hat das Land in eine Sackgasse manövriert. Wenn als letzter Ausweg die Bekämpfung der Pandemie von der Regierung zur Privatsache erklärt wird, dann ist dies nicht nur

<sup>6</sup> Vgl. u.a. „Rettungsversuch für Skisaison“ in: Wiener Zeitung, 21.9.2021

<sup>7</sup> Moritz Schularick: Der entzauberte Staat. Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss. München, 2021. S. 100, 101



Ausfluss neoliberaler Geisteshaltung sondern auch ein Eingeständnis von Mutlosigkeit, Unfähigkeit und abnehmendem Willen Verantwortung für die Gesellschaft zu tragen, was letztlich auch einer Kapitulation vor einem Dickicht von wirtschaftlichen Gruppen- und Einzelinteressen geschuldet ist. Wo es seitens der herrschenden Politik keine sichtbare Gegenwehr gegen offene Hetze, Irrationalität, Obskurantismus und Wissenschaftsfeindlichkeit (verbreitet in verschiedenen Medien und von politischen Gruppierungen), keine koordinierten Aufklärungskampagnen, keine oder zu spät erfolgende Richtigstellung von offensichtlichen Desinformationen etc. gibt, da darf man sich nicht wundern, wenn ihre Pandemiebekämpfungsstrategie jetzt in einer Sackgasse gelandet ist: Die Impfaufrufe mit diversen Korruptionsangeboten (Lotterien, Geldgeschenken etc.) sind einfach kläglich. Hier wurde viel Zeit und politisches Terrain verspielt, Frustration, Vertrauensverlust in staatliche Institutionen sind die Folge. Die Politik hat auch die migrantischen Bevölkerungsteile ignoriert, die auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse die Gefährlichkeit der Pandemie nicht erfassen können – es gab und gibt keine entsprechenden breit gestreuten mehrsprachigen Aufklärungskampagnen. Der Informationswert der inhaltlich dürren Durchsagen bezüglich Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln auf Deutsch und Englisch ist minimal und wenig treffsicher.

Alles zusammen genommen hat der Rechnungshof die Corona-Politik völlig zurecht als chaotisch kritisiert.<sup>8</sup> Wenn die aktuelle Pandemie Lernfeld und Test für die Bewältigung der Klimakrise(n) darstellt, dann lässt das Krisenmanagement der verantwortlichen Politik Schlimmes befürchten.

Schließlich noch zum Herumeiern wegen des Hochschulbetriebes: Von Personen, die ein akademisches Studium und einen akademischen Grad (und damit auch eine bestimmte verantwortungsvolle Position in der Gesellschaft) anstreben, sollte zu erwarten sein, dass sie auf der Seite der Aufklärung stehen, sich kritisch gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber verhalten, Obskurantismus und Desinformation abwehren können und nicht Rattenfängern auf den Leim gehen. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass nur wer geimpft ist, LV besucht.

August – September 2021

---

<sup>8</sup> Vgl. Standard 20.9.2021, Wiener Zeitung 20.9. 2021